

Nützliche Nachrichten 10/2006

Dialog-Kreis

„Die Zeit ist reif für eine politische Lösung im Konflikt zwischen Türken und Kurden“

Postfach 90 31 70, D-51124 Köln, Tel: 02203-126 76, Fax: 02203-126 77

Spendenkonto: Dialog-Kreis, Kontonummer 9152539, BLZ 370 501 98, Stadtparkasse Köln

Redaktion: Andreas Buro, Barbara Dietrich, Mehmet Sahin, Luise Schatz und Mani Stenner

Redaktionsschluss: 17. November 2006

dialogkreis@t-online.de, www.dialogkreis.de

Der Kommentar

Nachdenken über einen radikalen Schritt

Andreas Buro

Offensichtlich verschärft sich der Konflikt – oder sollte man besser sagen ‚Machtkampf‘ – zwischen der AKP-Regierung und der Generalität in der Türkei. Von Seiten des Militärs tut sich der seit August amtierende Oberkommandierende des Heeres General Ilker Basbug hervor. Er droht mit einem neuen Militärputsch, wenn er sagt: „Schon immer hätten die türkischen Streitkräfte Partei ergriffen zum Schutze des Staates, und sie werden das auch weiter tun.“ Das Ansinnen der Europäer, die Generäle hatten sich aus der Politik heraus zu halten hält Basbug für abwegig: „Wer die türkischen Streitkräfte mit anderen Armeen vergleicht, kennt die türkische Geschichte nicht.“ Unablässig warnt er vor der islamischen Gefahr und meint damit die Politik der AKP-Regierung. Der kurdischen Guerilla droht er mit einem Einmarsch in Irakisch-Kurdistan, um dort ihre Rückzugsbasen zu zerstören. (FR 16.11. 2006). Auch der jetzige Generalstabschef Yasar Büyükanit lehnt eine politische Lösung des Kurdenkonflikts ab, und fordert von der Guerilla, die Waffen nieder zu legen und sich den türkischen Gerichten zur Aburteilung zu stellen. Basbug soll 2008 Generalstabschef werden. Seine Worte haben also Gewicht. Alles ist auf Konfrontation gerichtet, nicht aber auf Aussöhnung, also wie seit den 20er Jahren des letzten Jahrhunderts ohne Erfolg.

Die Friedensbewegung in Deutschland sucht jedoch nach Wegen der Aussöhnung. Die ‚Kooperation für den Frieden‘ – ein Zusammenschluß vieler friedenspolitischer Gruppierungen – hat

2005 das ‚Monitoring-Projekt‘ für Zivile Konfliktbearbeitung, Gewalt- und Kriegsprävention beschlossen. Dossiers zu speziellen Konflikten sollen Alternativen zum militärischen Konfliktaustrag darbieten. Dossier I zum Iran-Konflikt ist bereits erschienen (Zu beziehen über Netzwerk Friedenskooperative, Römerstr. 88, 53111 Bonn T.0228-692904, fforum@aol.com).

Im Entwurf liegt mittlerweile auch Dossier II vor, das zur Zeit etwa 70 ExpertInnen zur Durchsicht zugegangen ist. Über den endgültigen Text werden die Nützlichen Nachrichten berichten.

In dem Dossierentwurf ist ein radikaler Schritt zur Diskussion gestellt: Als zivile Handlungsoptionen für die PKK-Guerilla wird vorgeschlagen:

1. Rückzug der Guerilla aus der Türkei und freiwillige Entwaffnung unter internationaler Kontrolle. Verzicht auf Drohungen jedweder Art. Damit würde der türkischen Generalität der militärische Gegner entzogen. Ein solcher Schritt würde der türkisch-nationalistischen Verfeindung gegenüber den Kurden entgegen wirken und zum Abbau von Feindbildern beitragen. Es würde dadurch auch der internationalen Etikettierung der PKK-Guerilla als „terroristische Vereinigung“ der Boden entzogen.
2. Vorschlag eines Stufenprogramms der Vertrauensbildung und Aussöhnung mit zeitlicher Abfolge in 6 Schritten parallel zum Rückzug und der Entwaffnung der Guerilla.

Ich bin mir sicher, dass vielen dieser Vorschlag zunächst sehr fremd erscheinen wird. Muß man sich nicht eine militärische Option erhalten, werden viele fragen. Sind die Kurden dann nicht ganz schutzlos? Werden sie vielleicht in ihren berechtigten Forderungen gar nicht mehr wahrgenommen? Dagegen ist abzuwägen: Hat die Guerilla denn tatsächlich schützen können? Hat sie denn eine Chance auf militärische Erfolge, die zu einer

politischen Lösung führen können? Wie groß ist die Gefahr der Eskalation von türkisch-kurdischer Verfeindung in der Gesellschaft, die den politischen Handlungsspielraum einengt? Käme ein solcher Schritt den USA nicht für eine weitere Stabilisierung Irakisch-Kurdistan nicht sehr gelegen, so dass sie eine friedliche Lösung der Kurdenfrage in der Türkei fördern würden? Wie kann internationale Unterstützung für eine friedliche, politische Lösung wirksam werden, wenn nicht der Terrorismusvorwurf aus der Welt geschafft werden kann?

Viele Fragen und wahrscheinlich noch weit mehr! Fragen über die in strategischer Absicht zur friedlichen Konfliktlösung nachgedacht werden muß.

Ereignis-Kalender

Die dritte Internationale Konferenz zur EU, der Türkei und den Kurden

Die dritte Internationale Konferenz zur EU, der Türkei und den Kurden, organisiert von der Bürgerkommission EU- Türkei, fand am 16. und 17. Oktober 2006, im Europäischen Parlament in Brüssel statt. An der Konferenz nahmen Dutzende Menschenrechtler, Schriftsteller, Akademiker, Politiker und Experten teil.

Auszüge aus dem Abschlusskommunique der Konferenz:

- 1) Die dritte Internationale Konferenz bezieht sich auf die Erklärungen der ersten und zweiten Internationalen Konferenz zur EU, der Türkei und den Kurden und wird fortfahren, den Beitrittsprozess der Türkei zur EU qualifiziert zu unterstützen; (...)
- 3) Die Konferenz erkennt wiederholt den Fortschritt der türkischen Regierung in den Reformen während der Jahre 2002 – 2004 an, aber weist auf die Erklärung des Europäischen Parlamentes vom 27. September 2006 hin, die Bedauern über die Verlangsamung des Reformprozesses ausspricht, welche in den bestehenden Unzulänglichkeiten oder dem unbefriedigendem Fortschritt besonders in den Bereichen der Meinungsfreiheit, Beziehungen zwischen Zivilgesellschaft und Militär, Durchsetzung von Gesetzen, Frauenrechten, Gewerkschaftsrechten, kulturellen Rechten und dem Umsetzen und der korrekten Anwendung von Gerichtsurteilen durch Staatsorgane gesehen werden kann und drängt wie das Europäische Parlament, den Reformprozess wieder zu stärken; (...)
- 5) Die Konferenz begrüßt die Erklärung eines Waffenstillstandes durch die PKK am 1. Oktober 2006 und ruft hiermit alle relevanten Parteien auf, die am bewaffneten Konflikt beteiligt sind, alle feindseligen militärischen Operationen in der Region einzustellen und fortan gewaltfreie Lösungen des Konfliktes zu verfolgen;
- 6) Besonders ruft die Konferenz alle Regierungen auf, die Türkei und andere Mitgliedsstaaten der EU zu drängen, ein Klima des Friedens zu schaffen, so das eine demokratische Plattform für einen Dialog zwischen Türken, Kurden und anderen betroffenen Völkern und Minderheiten in der Türkei geschaffen werden kann;

Menschenrechte und Beitritt

- 8) Die Konferenz wiederholt den Standpunkt der ersten und zweiten Konferenz, dass die Türkei noch nicht die politischen Elemente der Kopenhagener Kriterien erfüllt hat und wiederholt, das ihre Unterstützung für den Beitrittsprozess davon abhängig ist, dass die Institutionen der EU die Beitrittsstandards nachdrücklich einfordern. Weiter unterstreicht sie, dass es keinen weiteren Kompromiss bezüglich der Mitgliedskriterien geben darf ähnlich der Entscheidung der EU, der Türkei die Aufnahme an den Verhandlungstisch zu gestatten, da sie ‚genügend‘ die Kopenhagener Kriterien erfüllt hätte;
- 9) Die Konferenz ruft besonders die türkische Regierung und die EU auf, sicherzustellen, dass die Türkei vollständig ihren Menschenrechtsverpflichtungen bezüglich Folter und Misshandlung, der Not der Inlandsflüchtlinge, Schutz von Frauen und Kindern, Minderheitenrechten, Meinungsfreiheit und Freiheit von Organisationen, Sprache und Religion nachkommt;
- 10) Die Konferenz ruft ebenfalls die Türkei auf, die europäische Rahmenkonvention zum Schutz von Minderheiten zu ratifizieren, ebenso wie andere Instrumente der UN bezüglich Minderheiten und die existierenden kulturellen und Minderheitenrechte aller Gruppen zu respektieren;
- 11) Bezugnehmend auf die oben genannte Erklärung, fordert die Konferenz die EU auf, Druck auf die Regierung der Türkei auszuüben, damit sie als potentielles Mitglied die besagte Rahmenkonvention ratifiziert;
- 12) Die Konferenz erinnert an die Artikel 10, 14 und 2 des ersten Protokolls der Europäischen Konvention der Menschenrechte und an Artikel 8 der Europäischen Charta für regionale oder Minderheitensprachen und die Erklärung 1519 des Rates des Europäischen Parlamentes von Oktober 2006 zur kulturellen Situation der Kurden und ruft die Türkei und die Europäische Union auf, einen strategischen Plan für die Erziehung in der Muttersprache zu entwickeln und zu fördern;
- 14) Die Konferenz drückt Bedauern darüber aus, dass die türkische Regierung begonnen hat, am fehlgeplanten Ilisu- Damm im August 2006 zu arbeiten und damit die Gefahr von Massenvertreibung und Verlust der Lebensräume für die Einwohner des betroffenen Gebietes, in der Mehrheit Kurden, hervorgerufen hat; die historisch wichtige Stadt Hasankeyf in Gefahr bringt, mit einem fortgesetzten Versuch, die Kurden von ihrem reichen Erbe und ihrer Kultur zu trennen und die laut verschiedenen Umweltbewertungsberichten den Nachbarn der Türkei den Zugang zu Wasser verwehren wird und unumkehrbare Umweltschäden hervorrufen wird;
- 15) Bezugnehmend auf das oben genannte, ruft die Konferenz die türkische Regierung auf, ihre Position gegenüber diesem Projekt neu zu bestimmen und die Organe der EU, die den Einfluss von Inlandsflucht beobachten und was für mögliche Folgen dieses Projekt für die jetzt schon überbevölkerten städtischen Zentren der kurdischen Regionen haben wird.

Die kurdische Frage steht im Mittelpunkt

- 16) Die Konferenz erklärt, dass die Lösung der kurdischen Frage für die Errichtung einer stabilen, demokratischen

und friedlichen Türkei, die bereit für den Beitritt zur EU ist, unabdingbar ist. Wirkliche demokratische Reformen können nur durchgeführt werden, wenn die Türkei neue politische Reformen in ihren staatlichen Institutionen durchführt und die Verbindung zum ethnischen Nationalismus auflöst, die die Wurzel des Konfliktes und der ständigen Instabilität der Türkei darstellt;

- 17) Deshalb erklärt die Konferenz, dass die kurdische Bevölkerung und ihre Vertreter eine aufrichtig teilnehmende Rolle im Beitrittsprozess und bei jeder Diskussion über die demokratische verfassungsgemäße Zukunft der Türkei erhalten sollen;
- 18) Jedenfalls erklärt die Konferenz weiterhin, dass mehr auf beiden Seiten getan werden kann und muss und ruft auf, dass die folgenden vertrauensbildenden Maßnahmen angenommen werden müssen;

Vertrauensbildende Maßnahmen

- 19) Besonders ruft die Konferenz alle politischen Parteien in der Türkei auf, mitzuhelfen, die Bedingungen in der Türkei für eine demokratische Plattform für einen Dialog zu verbessern;
- 20) Basierend auf dem gegenwärtigen Waffenstillstand ruft die Konferenz die Europäische Kommission und den Rat auf, sich zu bemühen, aktiv eine demokratische Plattform zu entwickeln, auf der die verfassungsgemäßen Elemente der Türkei, eingeschlossen die kurdische Bevölkerung und ihre Vertreter, in einen freien Dialog treten können und mit der Regierung über mögliche Verfassungsreformen diskutieren können;
- 21) In dieser Hinsicht ruft die Konferenz die folgende Erklärung im Bericht der Europäischen Kommission 1998 in Erinnerung: *'Eine zivile und nichtmilitärische Lösung für die Situation im Südosten der Türkei muss gefunden werden, besonders da viele der Verletzungen ziviler und politischer Rechte, die im Land beobachtet werden, auf die eine oder andere Weise mit diesem Thema verbunden sind';*
- 22) Die Konferenz ruft weiter in Erinnerung, dass das Parlamentarische Komitee für Auswärtige Angelegenheiten der EU im Dezember 2004 drängte: *'alle beteiligten Parteien sollen den Feindschaften im Südosten des Landes ein sofortiges Ende bereiten'* und *"die türkische Regierung einlud, mehr aktive Schritte zu unternehmen um die Versöhnung mit den kurdischen Kräften zu erreichen, die sich für die Ablehnung des Gebrauchs der Waffen entschieden haben.'*
- 23) Die Konferenz erkennt den möglichen Beitrag zum Frieden an, der von den drei neu ernannten Koordinatoren, die den Irak, die Türkei und die USA vertreten, vorgeschlagen wird und ruft sie auf, zusammenzuarbeiten um Wege nach vorne in der Frage der Kurdischen Arbeiterpartei PKK zu finden. Das EUTCC ruft diese Vertreter und alle anderen wichtigen regionalen und nationalen Kräfte und politischen Figuren auf, eine demokratische Lösung durch Dialog zu unterstützen.
- 24) Die Konferenz ruft auch die türkische Regierung auf, vollständig und ohne Bedingungen den internationalen Instrumenten zu folgen, die Menschen- und Minderheitenrechte durch die Europäische

Menschenrechtskonvention garantieren, besonders die Rechte, die Meinungs- und Vereinigungsfreiheit ohne Diskriminierung betreffen um sicherzustellen, dass so eine demokratische Debatte stattfinden kann;

- 25) Besonders ruft die Konferenz die türkische Regierung auf, sicherzustellen, dass alle verfassungsmäßig gegründeten kurdischen demokratischen Parteien sich in friedlichen politischen Aktivitäten betätigen können ohne Störung oder anhaltende Bedrohung mit der Schließung, in Übereinstimmung mit den Artikeln 10 und 11 der Europäischen Menschenrechtskonvention;
- 26) Die Konferenz ruft weiter die türkische Regierung auf, allen Urteilen des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte, besonders denen die mit dem kurdischen Konflikt zu tun haben, ohne Einschränkungen zu folgen. Die Konferenz weist hier auf das Zitat des Falles von Abdullah Öcalan gegen die Türkei vor dem ECHR im Bericht der Europäischen Kommission hin;
- 27) Darauf bezugnehmend, ruft die Konferenz die türkische Regierung auf, eine öffentliche Debatte über die Anerkennung der Existenz der Kurden in der Türkei in der Verfassung zu beginnen;
- 28) Die Konferenz drängt alle Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, die Bildung einer demokratischen Plattform für einen Dialog zwischen der Türkei und den Kurden individuell zu unterstützen – finanzielle Unterstützung eingeschlossen – und ihren eigenen Verpflichtungen bezüglich der Meinungsfreiheit nachzukommen, zutreffend auf diese kurdischen Organisationen und Einzelpersonen, die die gleiche Sache fördern wollen;
- 29) Die Konferenz vermerkt die jüngsten Empfehlungen des Rates der Europavertretung zur Schaffung eines Versöhnungskomitees;
- 30) Die Konferenz drängt auch die Regierungen der EU, friedliche Kritik an der Türkei, die von kurdischen Organisationen in Europa vorgetragen wird, nicht zu kriminalisieren und die jüngsten Verbote verschiedener kurdischer Organisationen zu überdenken, besonders im Licht der aktuellen Waffenstillstandserklärung und den öffentlichen Bekenntnissen zur Suche nach einer friedlichen Lösung der kurdischen Frage innerhalb der gegenwärtigen territorialen Gegebenheiten einer demokratisch reformierten Türkei;
- 31) Schließlich ermächtigt die Konferenz ihre Vorsitzenden, Berater und Komitees, auf politischer und zivilgesellschaftlicher Ebene in ganz Europa aktiv zu werden, die Kandidatur der Türkei für die EU auf der Basis dieser Erklärung zu unterstützen.

Auszüge aus dem EU-Fortschrittsbericht 2006 zur Türkei

Die EU-Kommission legt einmal jährlich Berichte über die Fortschritte in den Ländern vor, die eine Mitgliedschaft in der oder eine Annäherung an die EU anstreben. Der am 8. November 2006 in Brüssel veröffentlichte jüngste Fortschrittsbericht 2006 zur Türkei deckt die Entwicklung zwischen 1. Oktober 2005 und 30. September 2006 ab. Konkret werden die Fortschritte in Hinblick auf Entscheidungen, Gesetze und Maßnahmen analysiert.

Wie im Fortschrittsbericht 2005 kommt auch in dem in diesem Jahr veröffentlichten Bericht die Kurdenfrage zu kurz.

In den folgenden Auszügen aus dem knapp 80-seitigen Papier, geben wir die zentralen Kritikpunkte der Kommission wieder (laut APA-Übersetzung aus dem Englischen):

Zu den Beziehungen zwischen ziviler Führung und Militär:

"Insgesamt gab es begrenzten Fortschritt bei der Anpassung der zivilen und militärischen Beziehungen an die EU-Praxis. Meinungsäußerungen des Militärs sollten ausschließlich Militär-, Verteidigungs- und Sicherheitsangelegenheiten betreffen und unter der Aufsicht der Regierung stattfinden, während die zivile Führung ihrer Aufsichtspflicht voll nachkommen sollte, besonders in Hinblick auf die Erarbeitung und Umsetzung der nationalen Sicherheitsstrategie, inklusive der Beziehungen zu den Nachbarländern."

Zum Justizsystem: "Insgesamt wurden die Fortschritte bei der Justizreform fortgesetzt. Allerdings ergibt sich bei der Umsetzung der neuen Gesetze im Rechtssystem bisher ein gemischtes Bild, zudem muss die Unabhängigkeit der Justiz weiter ausgebaut werden."

Zu Folter: "Insgesamt enthält der Rechtsrahmen der Türkei ein umfassende Reihe von Maßnahmen zum Schutz vor Folter und Misshandlungen. Die Zahl der Fälle von Folter und Misshandlungen ist in der Berichtsperiode zurückgegangen. Dennoch gibt es weiter Bedenken wegen Fällen außerhalb von Gefängnissen, Menschenrechtsverletzungen im Südosten des Landes und Problemen mit Straffreiheit."

"Es gibt Berichte über Fälle von Misshandlungen durch Gefängnispersonal. Zivile und Militärgefängnisse sind für unabhängige Untersuchungen nicht zugänglich, nachdem die Ratifizierung des Freiwilligen Protokolls der UNO-Konvention gegen Folter noch aussteht."

Zu Meinungsfreiheit: "Gewisse Fortschritte wurde im Bereich von Fernsehberichten in anderen Sprachen als Türkisch auf lokaler und regionaler Ebene festgestellt."

"Die Verfolgung und Verurteilung von nicht gewalttätiger Meinungsäußerung unter bestimmten Vorschriften des Strafgesetzes geben allerdings Anlass zu ernsthafter Sorge und können zu einem Klima der Selbstzensur in dem Land beitragen. Das ist insbesondere der Fall bei Paragraf 301, der die Beleidigung des Türkentums, der Republik sowie der Organe und Einrichtungen des Staates unter Strafe stellt. Obwohl dieser Artikel Bestimmungen enthält, dass die Äußerung von kritischen Gedanken nicht als Verbrechen gewertet werden sollte, wurde er wiederholt angewendet, um nicht gewalttätige Meinungsäußerungen von Journalisten, Schriftstellern, Verlegern, Wissenschaftlern und Menschenrechtsaktivisten zu verfolgen."

"Vor diesem Hintergrund muss Paragraf 301 an die entsprechenden europäischen Standards angepasst werden. Dasselbe gilt für die anderen Paragrafen, die zur Verfolgung nicht gewalttätiger Meinungsäußerung verwendet wurde und die Meinungsfreiheit einschränken können. Die möglichen Auswirkungen des Anti-Terror-Gesetzes auf die Meinungsfreiheit geben Anlass zur Sorge."

"Insgesamt haben offene Debatten in der Türkei auf einem breiten Themenfeld in den vergangenen Jahren zugenommen. Trotz dieses Trends ist Meinungsfreiheit nach europäischen Standards mit dem bestehenden Gesetzesrahmen nicht garantiert."

Zu Religionsfreiheit: "Nicht-moslemische Religionsgemeinschaften haben keine Rechtspersönlichkeit und sind weiter mit Einschränkungen bei den Eigentumsrechten konfrontiert."

"Darüber hinaus bleiben die Beschränkungen für die Ausbildung von Geistlichen und ausländischen Geistlichen, die in der Türkei arbeiten wollen, aufrecht. Das türkische Gesetz sieht keine private höhere religiöse Bildung für diese Gemeinschaften vor."

"Insgesamt wird die Religionsfreiheit weiterhin allgemein respektiert. Allerdings gibt es keinen Fortschritt bezüglich der Schwierigkeiten von nicht-moslemischen Religionsgemeinschaften. Darüber hinaus sind die Aleviten weiterhin Opfer von diskriminierenden Praktiken."

Zu Zypern: "Die Türkei hat das im Juli 2005 unterzeichnete Zusatzprotokoll, mit dem das EU-Türkei-Zollabkommen auf die im Mai 2004 beigetretenen zehn neuen Mitgliedstaaten ausgedehnt wird und das den Start der Beitrittsverhandlungen ermöglicht hat, nicht voll umgesetzt. Die Türkei verweigert Schiffen unter zyprischer Flagge oder solchen die aus Zypern kommen, weiterhin den Zugang zu ihren Häfen."

"Keinen Fortschritt gab es in irgendeinem Aspekt der Normalisierung der bilateralen Beziehungen mit der Republik Zypern. Die Türkei blockiert weiterhin per Veto die Mitgliedschaft Zyperns in internationalen Organisationen wie der OECD oder die Teilnahme an dem Wassenaar Abkommen zu Waffenexporten." APA)

(Der Standard, 8.11.06)

EU-Erweiterungsstrategie für den Zeitraum 2006 - 2007

1. EINLEITUNG (...) Die derzeitige Erweiterungsagenda betrifft die westlichen Balkanländer und die Türkei. Diesen Ländern wurde die Aussicht eröffnet, Mitglieder der EU zu werden, sobald sie die erforderlichen Voraussetzungen erfüllen. Die Länder sind auf ihrem Weg in die EU unterschiedlich weit vorangekommen. Kroatien und die Türkei führen bereits Beitrittsverhandlungen (...)

3. DER ERWEITERUNGSPROZESS Die Erweiterungspolitik der EU stützt sich derzeit auf Grundprinzipien: Konsolidierung der Verpflichtungen, Konditionalität (Bedingungen) und Kommunikation. (...)

3.1. Beitrittsverhandlungen Die Beitrittsverhandlungen mit Kroatien und der Türkei wurden nach einstimmigem Beschluss der Mitgliedstaaten im Oktober 2005 aufgenommen, wodurch die beiden Länder weiter ermutigt wurden, politische und wirtschaftliche Reformen durchzuführen und gute Beziehungen zu ihren Nachbarn zu pflegen. Die Verhandlungen werden auf der Grundlage klarer und strikter Verhandlungsrichtlinien geführt, die vom Rat einstimmig gebilligt wurden. Das Tempo der Verhandlungen hängt vom Tempo der Reformen in den Ländern ab. (...)

Die EU erwartet von den Kandidatenländern, mit denen sie verhandelt, dass sie die politischen Kriterien erfüllen und während der Verhandlungen auf die Erreichung höherer Standards hinarbeiten. Die Ergebnisse des Dialogs mit den Ländern über ihre Erfolge bei der Lösung von Problemen im Bereich der politischen Kriterien fließen in den Verhandlungsprozess ein. (...)

3.2. Heranführungsstrategie Die Beitrittspartnerschaften und die Europäischen Partnerschaften bilden das Kernstück der Heranführungsstrategie. Gestützt auf die Feststellungen, die die

Kommission in ihren Fortschrittsberichten trifft, werden in den Partnerschaften die prioritären Bereiche festgelegt, in denen die einzelnen Länder mit Blick auf das Ziel der EU-Mitgliedschaft Fortschritte erzielen müssen. (...)

Instrument für Heranführungshilfe Die westlichen Balkanländer und die Türkei werden in den nächsten sieben Jahren fast 11,5 Mrd. EUR erhalten. Die Kommission legt einen mehrjährigen Finanzrahmen vor, in dem die vorläufigen IPA-Mittelzuweisungen für jedes Land und jede wichtigere Komponente ausgewiesen werden. (...)

5. WICHTIGSTE HERAUSFORDERUNGEN FÜR 2007 (...)

2006 hat die Türkei weitere Fortschritte bei den Reformen erzielt, vor allem durch die jüngste Verabschiedung einiger Elemente des 9. Reformpakets. Darüber hinaus geht die Anzahl der gemeldeten Fälle von Folterungen und Misshandlungen dank der Nulltoleranzpolitik insgesamt zurück, wenngleich die Lage im Südosten in dieser Hinsicht Anlass zu Besorgnis bietet. Das Reformtempo hat sich verlangsamt. Es ist wichtig, dass 2007 entschlossene Bemühungen unternommen werden, um die Reformdynamik auf die gesamte Türkei auszuweiten. Das Recht auf freie Meinungsäußerung muss nun unverzüglich gewährleistet werden, indem Artikel 301 des Strafgesetzbuchs aufgehoben oder geändert wird und die Rechtsvorschriften insgesamt an die europäischen Standards angeglichen werden. Neben dem Recht auf freie Meinungsäußerung bedarf es weiterer Bemühungen um die Stärkung der Religionsfreiheit, der Rechte von Frauen und Minderheiten sowie der Gewerkschaftsrechte. Über das Militär muss eine zivile demokratische Kontrolle ausgeübt werden, und der Reformgeist muss sich im Gesetzesvollzug und in der gerichtlichen Praxis stärker widerspiegeln. Gleichzeitig muss die Türkei die ernststen wirtschaftlichen und sozialen Probleme im Südosten angehen und dafür sorgen, dass die kurdische Bevölkerung in den uneingeschränkten Genuss ihrer Rechte und Freiheiten gelangt. Die im Januar 2006 verabschiedete Beitrittspartnerschaft bildet den Maßstab für Reformfortschritte. Gutnachbarliche Beziehungen sind nach wie vor von entscheidender Bedeutung. Die Kommission wird die Überwachung der politischen Kriterien verstärken.

Wie in der Erklärung der Europäischen Gemeinschaft und ihrer Mitgliedstaaten vom 21. September 2005 festgehalten, erwartet die EU von der Türkei, dass sie die uneingeschränkte nichtdiskriminierende Umsetzung des Zusatzprotokolls zum Abkommen von Ankara und die Abschaffung aller Hindernisse des freien Warenverkehrs, einschließlich der Beschränkungen bei den Verkehrsmitteln, sicherstellt. Versäumt die Türkei es, ihren Verpflichtungen uneingeschränkt nachzukommen, so beeinträchtigt dies die Gesamtfortschritte in den Verhandlungen. Falls die Türkei ihre Verpflichtungen nicht erfüllt, wird die Kommission im Vorfeld der Tagung des Europäischen Rates vom Dezember entsprechende Empfehlungen abgeben. Wie in der Beitrittspartnerschaft hervorgehoben, ist es außerdem wesentlich, dass die Türkei konkrete Schritte unternimmt, um ihre bilateralen Beziehungen zu sämtlichen EU-Mitgliedstaaten so bald wie möglich zu normalisieren. (...)

ANHANG 2 Schlussfolgerungen zur Türkei (...) Die Türkei erfüllt die **politischen Kriterien** von Kopenhagen weiterhin ausreichend und hat die politischen Reformen fortgesetzt. Allerdings verlangsamt sich das Tempo im vergangenen Jahr. Es bedarf noch erheblicher Anstrengungen, vor allem in Bezug auf die freie Meinungsäußerung. Weitere Verbesserungen sind außerdem bei den Rechten nichtmuslimischer Religionsgemeinschaften, den Frauenrechten, den

Gewerkschaftsrechten und der zivilen Kontrolle über das Militär erforderlich.

Was **Demokratie und Rechtsstaatlichkeit** anbelangt, so wurde im Bereich der *öffentlichen Verwaltung* ein Gesetz zur Schaffung des Amtes eines Ombudsmanns angenommen. Bei der Reform des öffentlichen Dienstes sind keine Fortschritte zu verzeichnen. Im Bereich der *Beziehungen zwischen Zivilsphäre und Militär* hat das Parlament Änderungen der Verfahren vor Militärgerichten verabschiedet, durch die angemessenere Verfahrensgarantien für die Angeklagten gewährleistet werden. Allerdings haben hochrangige Angehörige der Streitkräfte weiterhin versucht, durch öffentliche Stellungnahmen ihren Einfluss auch in Angelegenheiten geltend zu machen, die sich ihrer Zuständigkeit entziehen. Bei der *Justizreform* sind Fortschritte zu verzeichnen. Allerdings wurden die neuen Rechtsvorschriften bislang nicht immer mit der erforderlichen Konsequenz von der Justiz umgesetzt. Die Unabhängigkeit der Justiz muss mit mehr Nachdruck gesichert werden. Bei den Rechtsreformen im Bereich der *Korruptionsbekämpfung* wurden begrenzte Fortschritte erzielt. Die Korruption bleibt ein weitverbreitetes Problem. Die Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung sind unzulänglich und die Leistungsfähigkeit der für Korruptionsbekämpfung zuständigen Behörden muss erhöht werden.

Was die **Menschenrechte und den Minderheitenschutz** anbetrifft, so ist die Zahl der Berichte über Fälle von *Folter und Misshandlungen* weiter zurückgegangen. Allerdings geben Berichte über Folter und Misshandlungen außerhalb von Haftanstalten und im Südosten des Landes weiterhin Anlass zur Sorge. Problematisch ist auch, dass die Täter oft straflos ausgehen. Die Auswirkungen der Änderungen des Antiterrorgesetzes auf die Grundfreiheiten müssen genau überwacht werden. Mit diesen Änderungen wurde eine umfassende Liste von terroristischen Straftaten aufgestellt und die Verfahrensgarantien für die Angeklagten wurden eingeschränkt. Im Allgemeinen ist festzustellen, dass in der Gesellschaft der offene Meinungs-austausch zu einem breiten Spektrum von Themen, auch zu traditionell heiklen Fragen, zugenommen hat. Trotz dieser Entwicklung gewährleistet der geltende Rechtsrahmen noch keinen Schutz der *Meinungsfreiheit* nach Europäischen Standards. In seiner jüngsten Rechtsprechung stützte sich der Kassationshof auf Artikel 301 des Strafgesetzbuchs, der die freie Meinungsäußerung einschränkt. Überdies wurde eine größere Anzahl von Personen wegen friedlicher Meinungsäußerungen strafrechtlich verfolgt. Artikel 301 und andere Bestimmungen des türkischen Strafgesetzbuches, die die freie Meinungsäußerung einschränken, müssen mit der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) in Einklang gebracht werden.

Die Einschränkungen der *Versammlungs- und der Vereinigungsfreiheit* haben dank konsequenterer Anwendung der in den letzten Jahren eingeführten Maßnahmen abgenommen. Allerdings gibt es bei Demonstrationen noch immer Fälle von unangemessener Gewaltanwendung durch die Sicherheitskräfte. Die Gründung von Vereinigungen, die eine bestimmte kulturelle Identität fördern wollen, ist weiterhin mit Schwierigkeiten verbunden. Was die *Religionsfreiheit* anbetrifft, so wurde die Annahme des Gesetzes, das die Lage der *religiösen Minderheiten* verbessern sollte, mehrfach verschoben und nichtmuslimische Glaubensgemeinschaften haben in der Türkei nach wie vor erhebliche Schwierigkeiten. Auch die Lage der Aleviten hat sich nicht gebessert. Daher sollte durch einen der EMRK entsprechender Rechtsrahmen sichergestellt werden,

dass keine religiöse Gemeinschaft unangemessenen Zwängen unterworfen wird. (...)

Auch in Bezug auf die *Rechte von Minderheiten* verfolgt die Türkei nach wie vor einen restriktiven Ansatz. So ratifizierte die Türkei auch nicht die internationalen Übereinkommen über Minderheitenrechte. Was die *kulturellen Rechte* anbetrifft, so sind nun mit Einschränkungen Rundfunksendungen in anderen Sprachen als Türkisch gestattet. Im Rahmen des staatlichen Schulsystems ist das Erlernen dieser Sprachen weiterhin nur mit Einschränkungen möglich. Alle privaten Lehrinrichtungen, an denen Kurdischunterricht erteilt wurde, sind im August 2005 geschlossen worden. Sowohl im politischen Leben als auch bei dem Zugang zu öffentlichen Diensten gelten weiterhin strenge Beschränkungen für die Verwendung anderer Sprachen als Türkisch.

Die Türkei ist in zunehmendem Maße Ziel von terroristischen Anschlägen, insbesondere durch die PKK, die auf der EU-Liste der terroristischen Vereinigungen aufgeführt ist. Die EU hat diese Anschläge nachdrücklich verurteilt.

Die Türkei muss die gravierenden wirtschaftlichen und sozialen Probleme im *Südosten* des Landes angehen und gewährleisten, dass die kurdische Bevölkerung alle Rechte und Freiheiten uneingeschränkt wahrnehmen kann. Die große Zahl der Binnenvertriebenen gibt weiterhin Anlass zur Besorgnis.

Was den Bereich *regionale Fragen und internationale Verpflichtungen* angeht, so hat die Türkei versichert, dass sie die UN-Bemühungen um eine umfassende Lösung der *Zypernfrage* weiterhin unterstützt. Allerdings sind keine Erfolge im Hinblick auf eine Normalisierung der bilateralen Beziehungen zur Republik Zypern zu verzeichnen. Seit der Unterzeichnung des Zusatzprotokolls zu dem Assoziierungsabkommen im Juli 2005 hat die Türkei keine Fortschritte im Hinblick auf dessen vollständige Umsetzung und die Beseitigung sämtlicher Hemmnisse für den freien Warenverkehr und die Nutzung direkter Verkehrsverbindungen mit Zypern erzielt. (...)

Die Türkei hat ihre *Fähigkeit zur Übernahme der aus einer EU-Mitgliedschaft erwachsenden Verpflichtungen* weiter verbessert. In den meisten Bereichen sind einige Fortschritte zu verzeichnen. Allerdings ist die Türkei mit der Erfüllung der in der Beitrittspartnerschaft festgelegten kurzfristigen Prioritäten in vielen Bereichen im Rückstand. Außerdem ist die Türkei einer Reihe von Verpflichtungen, die sie im Rahmen der Zollunion übernommen hat, noch nicht nachgekommen. Hier besteht in Bezug auf die Rechtsangleichung und die Stärkung der Verwaltungskapazitäten noch erheblicher Handlungsbedarf. (...)

(Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 8.11.2006, http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/key_documents/2006/Nov/com_649_strategy_paper_de.pdf)

Türkei und die Kurden: Gebt dem Frieden eine Chance!

Die einseitige Waffenstillstandserklärung der PKK und des KONGRA-GEL vom 1. Oktober 2006 öffnet neue und bisher nicht dagewesene politische Möglichkeiten für Frieden und Versöhnung in der Türkei. Die Suche nach einer gewaltlosen, politischen Verhandlungslösung für die kurdische Frage in der Türkei betrifft auch die Europäische Union und die gesamte internationale Gemeinschaft. Nun sind die türkischen Machthaber in der Pflicht, diese neuerliche Gelegenheit zu nutzen und einen öffentlichen, transparenten Diskussionsprozess

mit den Repräsentanten der Kurden in der Türkei über die kurdische Frage einzuleiten.

Darum fordern wir den türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdogan auf, sich Geist und Buchstaben des Berichts des Europäischen Parlaments über „die Fortschritte der Türkei auf dem Weg zum Beitritt“, den die Volksvertreter von 25 Mitgliedsstaaten am 27. September 2006 verabschiedet haben, zu eigen zu machen. Das gilt besonders für die Absätze, welche die Türkei auffordern, in direkte Diskussionen mit den Repräsentanten der Kurden in der Türkei einzutreten und einen politischen Prozess einzuleiten, den wir, alle europäischen Institutionen und die internationale demokratische Zivilgesellschaft mit Sicherheit unterstützen werden.

Wir müssen den Waffenstillstand unterstützen um dem Frieden eine Chance zu geben, wir müssen den Beginn direkter Diskussionen zwischen der Türkei und kurdischen Repräsentanten unterstützen, um der Demokratie eine Chance zu geben. Die Grundrechte des kurdischen Volkes müssen endlich anerkannt werden.

Erstunterzeichner des Aufrufs "Türkei und die Kurden: Gebt dem Frieden eine Chance"

AGNOLETTO Vittorio, MEP-GUE/NGL; BREPOELS Frieda, MEP-PPE; Buro, Andreas, Prof. Dr., Koordinator des Dialog-Kreises, CARLOTTI Marie-Arlette, MEP-PSE; MORGANTINI Luisa, MEP-GUE/NGL; FLAUTRE Hélène, MEP-V-ALE; PAPANIMOUKIS Dimitri, MEP-GUE/NGL; GUIDONI Umberto, MEP-GUE/NGL; MATSAKIS Marios, MEP-ADLE; UCA Feleknas, MEP-GUE/NGL, OTHMAN Dr.Mehmoud, Member of National Assembly of Iraq; CEBALLOS Bodil, Member of Swedish parliament (The Swedish Green Party); ERICSON Gunvor G, Member of Swedish parliament (The Swedish Green Party); RADBERG Peter, Member of Swedish Parliament (The Swedish Green Party); ARDISHIR Rashidi-Kalhur, President, Southern California Division United Nations Association of the USA; BOYNTON Mel, Claremont, CA; ALA'ALDEEN Dlawer, Professor in Medicine, Editor-in-Chief, Zanin Scientific Journal; ROSHANI Dr. Dilan Nottingham, UK; SKUTNABB.KANGAS Tove, dr.phil., Roskilde University, Denmark & Åbo Akademi University, Finland; PHILLIPSON, Robert, Professor, Copenhagen Business School, Denmark; Dr HASHAM Ahmadzadeh, Lecturer in Kurdish Studies, University of Exeter, UK; Jaffer SHEYHOLISLAMI, Linguistics & Applied Language Studies, Carleton University, Canada

(yekom-berlin@gmx.net)

Hinweis auf sonstige Infostellen

Azadi, azadi@t-online.de; www.nadir.org/azadi/

DTF Infopost – Informationen des Demokratischen Türkeiforums, info@tuerkeiforum.net, www.tuerkeiforum.net

ISKU | Informationsstelle Kurdistan e.V., isku@nadir.org; www.nadir.org/isku/

Kurdistan Report, www.kurdistanreport.de

Kurdistan Rundbrief, www.kurdistan-rundbrief.de

Koalition für einen Demokratischen Irak (KDI), kdi@gmx.net

Koalition Demokratisches Syrien (KDS), kds-info@gmx.net

Mezopotamian Development Society, MESOP@online.de

NAVEND – Zentrum für kurdische Studien e.V., info@navend.de, <http://www.navend.de/>

Kurdisches PEN-Zentrum, webmaster@pen-kurd.org, <http://www.pen-kurd.org/>